

Dr. Matthias Häuptli

Advokat

Bundesamt für Sport
zHv Herrn Markus Feller
Hauptstr. 245-253
2532 Magglingen

Basel, 30. März 2012

004672320011.docx

Vernehmlassung zur Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (RiskV)

Sehr geehrter Herr Feller

Zum Entwurf der oben erwähnten Verordnung möchte ich mich als interessierte Privatperson wie folgt vernehmen lassen:

Art. 7 und 8 des Entwurfs sehen vor, dass die Bewilligungspflicht über die in Art. 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten genannten Tätigkeiten auf die Tätigkeit von WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen ausgedehnt wird. Die Kompetenz des Bundesrats zu dieser Ausdehnung der Bewilligungspflicht wird in Art. 1 Abs. 3 des Bundesgesetzes erblickt, wonach der Bundesrat weitere vergleichbare Risikoaktivitäten diesem Gesetz unterstellen kann, wobei er sich an den objektiven Gefahren, mit denen bei diesen Aktivitäten zu rechnen ist, orientiert.

Die Entstehungsgeschichte von Art. 1 Abs. 3 des Bundesgesetzes über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten zeigt jedoch, dass diese Bestimmung nur bezweckte, neue, bei Erlass des Gesetzes noch nicht bekannte Sportarten der Bewilligungspflicht zu unterstellen. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates führte zu dieser Bestimmung (damals noch als Art. 2) in ihrem Bericht (BBl 2007 1497, 1513) nämlich wörtlich aus:

„Im Bereich von Trendsportarten oder –aktivitäten ist eine stete Entwicklung zu beobachten. In den letzten Jahren haben sich bestehende Angebote verändert und neue Angebote entwickelt. Es ist daher angebracht, dem Bundesrat die Kompetenz einzuräumen, neue Aktivitäten im umschriebenen Gefahrenbereich dem Gesetz zu unterstellen oder Aktivitäten ausserhalb dieses Bereichs vom Geltungsbereich des Gesetzes erfassen zu lassen, sofern diesen ein vergleichbares Gefährdungspotential zukommt.“ (Hervorhebung durch den Unterzeichneten)

Dass die Aufzählung in Art. 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes in Bezug auf die heute bekannten Sportarten nach dem Willen des Parlaments als abschliessend zu verstehen ist, ergibt sich auch

daraus, dass es sich bei der Bewilligungspflicht um einen erheblichen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit handelt:

„In Absatz 2 werden die einzelnen Aktivitäten, die unter den Geltungsbereich des Gesetzes fallen, konkret bezeichnet. Die Bezeichnung ist nach Möglichkeit im Gesetz selbst vorzunehmen, weil es sich dabei um einen erheblichen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit handelt.“ (Kommissionsbericht, BBl 2007, 1512)

Hätte der Gesetzgeber die Ansicht geteilt, dass es sich bei der Tätigkeit der WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen um vergleichbare Risiken wie bei den Aktivitäten gemäss Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes handle, wären diese Tätigkeiten somit ebenfalls in diesen Katalog aufgenommen worden. Es handelt sich folglich um ein qualifiziertes Schweigen des Gesetzes, dass diese Tätigkeiten nicht genannt werden. Da es sich um längst bekannte und keineswegs neue sportliche Aktivitäten handelt, werden sie von der Kompetenz des Bundesrates, neue Risikosportarten denjenigen gemäss Art. 1 Abs. 2 gleichzustellen, nicht erfasst. Ich bin daher der Meinung, dass die Bestimmungen von Art. 7 und 8 des Verordnungsentwurfs zu streichen sind.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Matthias Häuptli